

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 20/2022 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Während derzeit weltweit fast „nur“ noch der Ukraine-Krieg die Schlagzeilen beherrscht, begannen Anfang März 2022 im Genfer WHO-Sitz die Verhandlungen über ein internationales Abkommen zur Prävention und Bekämpfung von Pandemien. Grundlage des Abkommens ist Art.19 der Verfassung der WHO, nach dem die WHO-Generalversammlung mit Zweidrittelsmehrheit für alle Mitgliedstaaten bindende Vereinbarungen beschließen kann. Die WHO gäbe dann nicht nur Empfehlungen ab, sondern würde ver-

bindliche Gesundheitsvorgaben an alle WHO-Mitgliedsländer diktieren. Auf den ersten Blick könnte der Normalbürger versucht sein zu denken, ein internationaler Pandemievertrag sei eine gute Sache, wäre man doch damit weltweit für Pandemien gerüstet. Interessanterweise wenden sich jedoch sehr viele Wissenschaftler, Ärzte und Anwälte gegen dieses Vorhaben. Unter anderem versucht diese Ausgabe die Gründe für die Ablehnung zu erhellen.

Die Redaktion (brm.)

Gesundheitsdiktatur durch Pandemievertrag

mrb. Wissenschaftler, Ärzte, Juristen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus 50 Ländern haben sich zum Weltgesundheitsrat, dem World Council for Health (WCH) zusammengeschlossen. Der WCH sieht im WHO-Pandemievertrag eine Bedrohung der Souveränität der einzelnen Länder sowie der unveräußerlichen Rechte der Menschen. Ohne einen unvoreingenommenen demokratischen Prozess sei jede Vereinbarung der WHO, die über die Vereinten Nationen getroffen wird, rechtswidrig, unrechtmäßig und ungültig. Die wissenschaftliche Initiative „Gesundheit für Österreich“ warnt bei einem Inkrafttreten des Abkommens davor, dass die WHO bei jeder beliebigen Infektionskrankheit eine Impfpflicht in

allen Mitgliedstaaten verordnen könnte. Fazit: Mit dem Pandemievertrag würde sozusagen eine Gesundheitsdiktatur durch die WHO installiert. Bestimmen würden diese schlussendlich die großen Geldgeber der WHO, die im obigen Artikel bereits erwähnt sind. Alle diese Geldgeber sind nicht demokratisch durch die Völker gewählt oder legitimiert und würden trotzdem durch die WHO-Gesundheitsvorgaben die gesamte Weltbevölkerung kontrollieren! [2]

Empfehlung zum Thema:

Droht nun eine Impfpflicht durch die WHO?

Interview mit Christof Plothe
AufITV

www.kla.tv/22346

Quellen: [1] <https://norberthaering.de/macht-kontrolle/who-pandemievertrag/> | www.kla.tv/22430

[2] <https://worldcouncilforhealth.org/news/2022/03/erster-offener-brief-zum-pandemievertrag-der-who/45853/?lang=de> | <https://gesundheit-osterreich.at/who-will-sich-jetzt-ueber-die-verfassung-ihrer-mitglieds-laender-stellen/> | www.kla.tv/22430

[3] <https://transition-news.org/great-reset-neue-app-belohnt-italienische-buerger-fur-tugendhaftes-verhalten/> | <https://transition-tv.ch/beitrag/wie-von-zauberhand-sozialkreditsysteme-in-europa/>

Wer fördert den Pandemievertrag?

mb. Der Vorschlag für einen internationalen Pandemievertrag wurde erstmals vom Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, im November 2020 auf dem Pariser Friedensforum angekündigt.

Zum „Pariser Friedensforum“ schreibt der deutsche Wirtschaftsjournalist Norbert Häring: Die Mission des 2018 gegründeten, in Deutschland kaum bekannten Forums sei, eine Plattform zu bieten, die allen offenstehe die versuchen, Koordinierung, Regeln und Kapazitäten zu entwickeln, um globale Probleme zu lösen. Man verstehe sich als eine Art Reserve-Regulierungsgremium der Weltgeschichte. Weiter enthüllt Häring, wer die Hauptsponsoren des „Pariser

Friedensforum“ sind. Neben der EU-Kommission und dem Beratungsunternehmen Brunswick sind dies die Open Society Foundations des Milliardärs George Soros und Microsoft. Weiter die Gates-, Rockefeller- und Ford-Stiftungen, dazu noch die weltweit zweitreichste Stiftung – die medizinische Forschung fördert – Wellcome Trust und die Google-Tochtergesellschaft YouTube. Diese sind auch die Hauptsponsoren der WHO und der internationalen Impfkampagnen, so Häring. Ob es diesen Förderern des Pandemievertrags um die Gesundheit der Menschen oder um ihre eigenen Interessen geht, kann jeder für sich selbst beantworten. [1]

Erste Sozialkreditsysteme in Europa?!

mr. Die Internetplattform Transition News berichtete am 23.4.2022 von ersten Sozialkreditsystemen in Europa, die ähnlich dem in China angewendeten funktionieren. So wurde z.B. im italienischen Bologna am 29.3.2022 auf einer Pressekonferenz die App „Smart Citizen Wallet“ präsentiert. Mittels dieser „digitalen Innovation“ sollen Nutzer der App für ökologisches Wohlergehen wie Recycling, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, einen guten Umgang mit Energie oder das Vermeiden von Geldstrafen belohnt werden. Laut der Lokalzeitung Corriere di Bologna befindet sich die App in Rom bereits in der Versuchsphase. Im Herbst werde sie auch in Bologna eingeführt. Auch in Österreich wird Werbung für ein ähnliches System gemacht. In Wien soll schon bald jedem Bürger eine App angeboten werden, über die sein Verhalten mit „Wien-Token“ belohnt wird. Laut dem deut-

schon Journalisten Boris Reitschuster, liege ein solches Projekt in Bayern schon seit 2019 „in der Schublade“. Die Rede sei von einem „Öko-Token“ und das System soll bereits in diesem Jahr eingeführt werden. Umweltbewusstsein entwickeln, das hört sich im ersten Moment toll an. Die Sache hat nur einen Haken: Die Apps haben verblüffende Ähnlichkeiten mit dem chinesischen Sozialkreditsystem, bei dem jede Handlung von Bürgern und Unternehmen überwacht wird. [3]

*Ein Token wird auch als elektronischer Schlüssel oder Chipschlüssel bezeichnet.

„Zu argumentieren, dass Sie keine Privatsphäre brauchen, weil Sie nichts zu verbergen haben, ist so, als würden Sie sagen, dass Sie keine Freiheit der Meinungsäußerung brauchen, weil Sie nichts zu sagen haben.“

Edward Snowden, Whistleblower und eh. CIA-Mitarbeiter

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Endlos-Verschuldung durch Zinsgeldsystem

rs. Wie das Zinsgeldsystem mit ihrem Zinseszins für Kreditnehmer in ärmeren Ländern zu einer Endlos-Verschuldung führt, veranschaulichte im Jahr 2000 der damalige nigerianische Präsident Obasanjo nach dem G8-Gipfel in Okinawa: „Alles, was wir uns bis 1985 oder 1986 ausliehen, waren ungefähr 5 Mrd. Dollar. Bis jetzt haben wir 16 Mrd. zurückbezahlt. Und trotzdem sagt man uns, wir schuldeten immer

noch 28 Mrd. Dieser Betrag ist durch die Zinssätze der ausländischen Kreditgeber entstanden. Wenn Sie mich nach der schlimmsten Sache der Welt fragen, würde ich sagen, es ist der Zinseszins.“ [4]

„Moderne Sklaven sind nicht in Ketten. Sie sind verschuldet.“
Internetfund

Sanktionen sind meist Kriege gegen Zivilbevölkerung

In der März Ausgabe der Zeitung Abendland, Die Stimme der Bürgerbewegung, schrieb der Herausgeber Herbert Meier, dass Sanktionen größtenteils Kriege gegen die Zivilbevölkerung und deshalb fast immer Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien: „Sanktionen haben bis heute oft schreckliche Konsequenzen. Das betrifft auch Syrien. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, da ‚Christian Solidarity International CSI‘ Hilfsprojekte in diesem schwer verwüsteten Land hat. Die verhängten Einfuhr- und Devisenbeschränkungen erschweren die humanitäre Hilfe an die notleidende Bevölkerung ungemein. Es sterben Menschen, vor allem

auch Kinder, nur weil z.B. notwendige Medikamente, andere Medizin- und Sanitätsprodukte nicht beschafft, bzw. eingeführt werden können. Es muss versucht werden, mit nur kleinen Mengen und großer Mühe die zum Teil absurden Sanktionsbestimmungen zu umgehen. Wenn der ukrainisch-russische Osten Europas nicht auch noch ein zweiter Mittlerer Osten werden soll, dann muss dies heißen: Waffenstillstand und verhandeln, verhandeln, verhandeln. Die Sicherheitsinteressen beider Seiten, auch Russlands, und das Selbstbestimmungsrecht aller Volksgruppen, der West- UND der Ostukraine, endlich ernst nehmen!“ [6]

CH-Initiative: Dringende Bundesgesetze gehören vors Volk!

db. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat der Schweizer Bundesrat zahlreiche dringliche Bundesgesetze verabschiedet. Grundsätzlich ist nichts daran auszusetzen, dass es Situationen gibt, in denen die Bundesversammlung der Meinung ist, ein von ihr verabschiedetes Bundesgesetz müsse sofort in Kraft treten. Bei Unstimmigkeit hat der Schweizer Souverän* die Möglichkeit ein Referendum** zu ergreifen. Die Krux bei dringlichen Bundesgesetzen ist jedoch, dass bis zur Abstimmung über ein Referendum fast ein Jahr vergeht. In dieser Zeit kann die Regierung die

neuen Gesetze voll ausnützen. Zudem gewöhnt sich das Stimmvolk – unter dem Einfluss der Medien – an die neue Rechtsordnung. Die Eidg. Volksinitiative: «Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze!» sieht vor, dass dringliche Bundesgesetze neu innerhalb von 100 Tagen zur Abstimmung gelangen müssen. Die Initiative hat zum Ziel, den Schweizer Souverän an die Stelle zu setzen, wo er hingehört – an die Spitze der Eidgenossenschaft. [7]

*Volk und Stände
**Einwendung, die 50.000 Unterschriften innerhalb von 100 Tagen erfordert

Schweiz: Aufgabe der Neutralität

mfg./rb. Im Kriegskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat die Nato mit Unterstützung der EU gegen Russland einschneidende Wirtschaftssanktionen verhängt. Auch die Schweiz beteiligt sich daran. Der Schweizer Bundesrat versucht seinen Entscheid als neutralitätskonform darzustellen. Der Schweizerzeit-Chefredakteur Dr. Ulrich Schlüer hält dem entgegen: Seit dem Wiener Kongress 1815 bekannte sich die Schweiz gegenüber allen Mächten als Land, das sich „immerwährender, bewaffneter Neutralität“ verschrieben hat. Seither sei jeder Regierung von jedem Land klar: Als neutrales Land verzichtet die Schweiz in jeder kriegerischen oder kriegsähnlichen Auseinan-

dersetzung auf Parteinahme. Zwar nehme die Schweiz am Krieg zwischen Russland und der Ukraine militärisch nicht teil. Aber an den Kriegeersatzhandlungen von Nato und EU, an den Wirtschaftssanktionen, am Wirtschaftskrieg gegen eine der beiden Kriegsparteien beteiligt sie sich ausdrücklich. Damit habe die Schweizer Regierung das Prinzip der Neutralität preisgegeben. Der angerichtete Schaden sei immens. Jetzt brauche es das Machtwort des Souveräns, also des Stimmvolks. Mit einer Volksinitiative soll die Schweiz als souveräner, immerwährend bewaffneter neutraler Staat in der Bundesverfassung verankert werden, so Schlüer. [5]

Schlusspunkt •

„So schrecklich alles ist, was der digital-finanzielle Komplex (damit sind die weltweit größten IT-Konzerne und die größten Vermögensverwalter gemeint) mit seinen Helfershelfern in den vergangenen achtzehn Monaten (Corona-Krise) angerichtet hat und immer noch anrichtet, er hat sich in eine Situation manövriert, aus der er nicht mehr herauskommt und in der er in seiner Verzweiflung immer mehr rote Linien überschreiten muss. Für uns alle heißt das: Wir sollten in dieser Ausnahmesituation ganz einfach die Ruhe bewahren, alle Lügen konsequent aufdecken und den Menschen so Stück für Stück zeigen, wie, warum und von wem sie hinters Licht geführt werden. Wenn wir das tun und uns dabei auf die Stärke unserer Argumente besinnen, dann können wir nicht nur die aktuellen Probleme lösen, sondern möglicherweise noch viel Größeres schaffen, nämlich eine der tiefsten Krisen der Menschheit nutzen, um das Ruder der Weltgeschichte herumzureißen und so die Tür zu einer neuen Zeit aufzustoßen.“

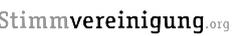
Ernst Wolff, Journalist und Finanzbuchautor
am 21.8.2021 am Sommer-Weff in Davos

Aktuell Eidgenössische Volksinitiative „Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze!“:
Mehr Informationen und Unterschriftenbögen unter
https://giacometti-initiative.ch/images/pdf/GIACOMETTI_Initiative_Unterschriftenliste_DE.pdf

Quellen: [4] Zeitpunkt-Ausgabe Nr. 168, Feb-April 2022, S.77
[5] Schweizerzeit-Magazin Nr. 7, 8. April 2022, S.17 | <https://schweizerzeit.ch/tv-sendungen-2/?playlist=7535c7ff&video=2388439>
[6] Zeitung Abendland, Nr. 316, März 2022, S.5
[7] <https://giacometti-initiative.ch/de/>
<https://zeitpunkt.ch/dringliche-bundesgesetze-obligatorisch-vors-volk>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

<p>Impressum: 9.5.22 S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.</p>	<p>Verantwortlich für den Inhalt: Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider. Redaktionsadresse: Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen</p>	<p>Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT, LET – weitere auf Anfrage</p> <p>Abonnentenservice: www.s-und-g.info Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen</p>
 www.anti-zensur.info	 www.kla.tv	 www.panorama-film.ch
 www.stimmvereinigung.org		
 www.agb-antigenozidbewegung.de		
 www.sasek.tv		